

**Uli Schmidt**

## **Diskussion: Wie sieht die politische Landkarte in 10 Jahren aus?**

*Prof. Dr. Michael Daxner, Dr. Erhard Busek, Dr. Bujar Bukoshi und Dr. Dunja Melcic* diskutierten die Zukunftsaussichten und –szenarien für die Region. Insbesondere stand die Beurteilung der Situation für die noch ungeklärten Statusfragen in Kosovo und Bosnien-Herzegowina (BiH) im Vordergrund der Debatte.

### **Internationale Weichenstellungen**

In nächster Zeit werden auf internationaler Ebene eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die für die zukünftige Entwicklung der Länder Südosteuropas von Bedeutung sein werden. Freilich können hier keine exakten Prognosen gegeben werden, sondern es folgt lediglich eine stichwortartige Aufzählung der kommenden Abstimmungen auf verschiedenen Handlungsebenen.

Der *Sicherheitsrat der Vereinten Nationen* ist für die internationalen Protektorate Kosovo und BiH eines der wichtigsten Gremien. Hier wird über die Verlängerung und Ausgestaltung der Mandate entschieden und so haben die Mitglieder desselbigen direkten Einfluss auf die politische Situation in der Region. Verändert sich nun die Zusammensetzung und die Entscheidungsfindung innerhalb des Sicherheitsrats, so hat dies unter Umständen weitreichende Auswirkungen auf die politische Zukunft Südosteuropas.

Auf europäischer Ebene stehen die Volksbefragungen zur *Europäischen Verfassung* an. Am Ausgang der Referenden kann sozusagen eine Art europäische Stimmung erahnt werden, die sich positiv oder negativ auf einen fortschreitenden Erweiterungsprozess auswirken kann. Seit dem EU-Gipfel in Thessaloniki 2003 wurde den Ländern der Region jedenfalls prinzipiell die Aufnahme in die Europäische Union (EU) in Aussicht gestellt.

Ferner findet demnächst eine *Volksabstimmung in Serbien-Montenegro* statt, die möglicherweise eine Segregation zur Folge hat, die wiederum eine Änderung der Politik Serbiens gegenüber Kosovo bewirken könnte. Sehr direkte Auswirkungen auf die politische Situation in *Kosovo* haben natürlich auch die demnächst beginnenden *Statusverhandlungen*.

### **Europäisierung der Region**

Auch wenn eine politische Integration in die EU für die meisten Länder Südosteuropas noch in weiter Ferne liegt, so machten die anwesenden ExpertInnen dennoch deutlich, dass eine fortschreitende Europäisierung der Region unausweichlich sei. Mit Blick auf Kosovo bedeutet dies eine Verlagerung der politischen Verantwortlichkeit von der Ebene der Vereinten Nationen hin zu einem europäischen Mandat. Ein solcher Schritt hin zu einer von der EU geführten Übergangsverwaltung wurde beispielsweise in BiH bereits erfolgreich durchgeführt.

Ein verstärktes Engagement der EU erfordert allerdings auch eine höhere finanzielle Unterstützung der Region. Momentan ist eher ein gegenläufiger Trend zu beobachten, denn je weniger prekär die Sicherheitslage der Region, desto weniger groß ist das öffentliche Interesse und desto niedriger sind die öffentlichen Zuschüsse für Regierungsorganisationen und die privaten Spenden für Nicht-Regierungsorganisationen. Ein solches Verhalten verliert jedoch eines der Grundziele der Europäischen Union an sich aus den Augen. Ursprünglich stand die Sicherung einer Friedenszone im Vordergrund des Bestrebens eines überstaatlichen Zusammenschluss. Erst in jüngerer Zeit haben Wirtschaftsfragen an Bedeutung gewonnen.

Die Politik gegenüber Südosteuropa müsste hingegen stärker von einer Rückbesinnung auf das sicherheitspolitische Grundziel der EU gekennzeichnet sein.

### **Koordinierte Strategie auf verschiedensten Ebenen**

Wie bereits mehrfach im Laufe der Tagung angesprochen, ist eine abgestimmte Strategie der verschiedenen Akteure von immanenter Bedeutung für das Eintreten der beabsichtigten Wirkung. Für den Bereich der politischen Zukunftsfragen ist zum einen notwendig, dass sich die unterschiedlichen Nicht-Regierungsorganisationen über ihre Ziele austauschen und ihre Handlungen besser koordinieren. So könnten auch die stets knappen finanziellen Ressourcen gezielter und effizienter eingesetzt werden. Möglich wäre beispielsweise eine Art Arbeitsteilung, indem eine Organisation die Finanzierung und eine andere die Umsetzung eines Projekts organisiert.

Zum anderen gibt es erhebliche Abstimmungsdefizite zwischen den USA und der EU. Teilweise würde die Arbeit des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, dessen Mitglieder unter anderem die USA und die EU darstellen, seitens der Europäischen Kommission abgelehnt oder behindert, weil hier die US-Amerikaner mitwirkten.

Letztendlich könnten sogar in den Industrieländern ansässige Menschen ihren Beitrag zum Aufbau Südosteuropas leisten, denn der blühende Drogen- und Menschenhandel ist nur dann lukrativ, wenn sich hier KonsumentInnen für Drogen und Prostitution finden.

### **„Ownership“**

Neben allen Bemühungen von außen, die wichtig sind und auf Grund neuer akuter Krisenherde nicht vernachlässigt werden dürfen, ist jedoch die Unterstützung zur Eigenverantwortlichkeit durch keine externe Maßnahme zu ersetzen. Die Hilfe zur Selbsthilfe muss im Vordergrund der Aufbaupolitik stehen. Der Prozess der schrittweisen Abgabe der politischen Verantwortung an die lokale Bevölkerung und die hiermit verbundene Stärkung der Eigenverantwortlichkeit verbirgt sich hinter dem Schlagwort „Ownership“. Die Verantwortung der politischen Führung wird sozusagen wieder denjenigen übergeben, denen diese ursprünglich auch gehört.

In diesem Sinne verlagert der Stabilitätspakt für Südosteuropa seine Büros mehr und mehr in die Region und die Arbeit wird vermehrt von der einheimischen Bevölkerung übernommen. Eine ähnliche Strategie sei leider bei Institutionen der EU nicht zu beobachten.

Eine Grundvoraussetzung für eine Abgabe der Arbeit und Verantwortung ist allerdings auch, dass es geeignete Menschen vor Ort gibt, die diese Tätigkeiten auch tatsächlich ausführen können. Ein großes Problem ist hingegen gerade die Abwanderung der AbsolventInnen der Universitäten. Auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit sehen viele junge und gut ausgebildete Menschen nur in der Abwanderung ins Ausland eine Zukunftschance. Zum Teil wird der sog. „brain drain“ sogar noch unterstützt, in dem Austauschprogramme angeboten werden, die finanzielle Unterstützungsleistungen für den Auslandsaufenthalt anbieten. Um jedoch den Aufbau des Landes tatsächlich voranzutreiben, müssten die Studierenden eher finanziell unterstützt werden, wenn sie in ihrem Land bleiben. Denn letztendlich kann die Übergabe der Verantwortung nur erfolgen, wenn junge Menschen da sind, die die Zukunft ihres Landes in die eigenen Hände nehmen.